



Anhörung im Bundestag zu Alleinerziehenden: Unterhaltsvorschuss endlich ausbauen!

Berlin, 15. März 2016. Um die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern zu verbessern, braucht es zahlreiche Reformen, zeigte die gestrige Anhörung zur Situation Alleinerziehender im Familienausschuss des Bundestages. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) forderte einen Systemwechsel hin zu einer Kindergrundsicherung, damit alle Kinder jenseits von Armut aufwachsen können, unabhängig von der Familienform und vom Einkommen ihrer Eltern.

Einig waren sich die Sachverständigen, dass ein Ausbau des Unterhaltsvorschuss notwendig ist, um die Situation von Alleinerziehenden und ihrer Kinder zu verbessern: Diese Ersatzleistung für nicht gezahlten Unterhalt ist derzeit auf 72 Monate begrenzt, diese Grenze solle gestrichen werden. Die Altersgrenze müsse von 12 auf 18 angehoben werden. Das Kindergeld sei zukünftig nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen. Hintergrund: 75 Prozent der Alleinerziehenden erhält gar keinen oder weniger als den ihren Kindern zustehenden Kindesunterhalt. Auch der weitere quantitative und qualitative Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung, auch an Randzeiten und für Schulkinder, sei ein zentraler Weg, gerade Alleinerziehende zu unterstützen.

„Alleinerziehende und ihre Kinder haben mit über 40 Prozent das höchste Armutsrisiko aller Familienformen, das ist Ausdruck ihrer immer noch anhaltenden gesellschaftlichen Benachteiligung“, kritisierte Miriam Hoheisel, Bundesgeschäftsführerin des VAMV. Eine zentrale Ursache liege darin, dass Leistungen für Familien auf verheiratete Ehepaare zugeschnitten sind, während Alleinerziehende und ihre Kinder aufgrund von Anrechnungen und unbeabsichtigten Wechselwirkungen systematisch durchs Raster fallen. „Der vom Ziel her armutsvermeidende Kinderzuschlag kann ausgerechnet bei Alleinerziehenden nicht seine volle Wirkung entfalten. Hier besteht dringender Reformbedarf bei der Anrechnung von Unterhalt, Unterhaltsvorschuss und Waisenrente“, forderte Hoheisel.

Der VAMV kritisierte geplante Verschlechterungen für die Kinder von Alleinerziehenden bei der aktuellen Hartz-IV-Reform: Es soll immer das Sozialgeld fürs Kind bei Alleinerziehenden gestrichen werden für die Tage, an denen es Umgang mit dem Vater hat. Und zwar sogar dann, wenn dieser gar nicht in Hartz IV ist. „Es fällt dabei unter den Tisch, dass es teurer ist, wenn ein Kind sich in zwei Haushalten aufhält. Statt Mangelverwaltung zwischen den Eltern fordern wir einen Umgangsmehrbedarf für Kinder als eine Antwort gegen Kinderarmut!“, unterstrich Miriam Hoheisel.

Ausführliche Stellungnahme unter: www.vamv.de

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) vertritt seit 1967 die Interessen der heute 2,7 Millionen Alleinerziehenden. Der VAMV fordert die Anerkennung von Einelternfamilien als gleichberechtigte Lebensform und entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Er tritt für eine verantwortungsvolle gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung und Scheidung ein.

**Verband alleinerziehender
Mütter und Väter,
Bundesverband e.V.**

Hasenheide 70
10967 Berlin
Telefon: (030) 69 59 78-6
Fax: (030) 69 59 78 77
E-Mail: kontakt@vamv.de
Internet: www.vamv.de

Bundvorsitzende:
Solveig Schuster
Bundesgeschäftsführerin:
Miriam Hoheisel

Wissenschaftliche
Referentinnen:
Sigrid Andersen
Antje Asmus

1967 gegründet als
Verband lediger Mütter